



Update aus Berlin

September 2024 (II)

Zitat der Woche:

»Am 1. Oktober startet ein neues Wohnungsbauprogramm. Im Kern geht es darum, Menschen mit kleinem Einkommen ihren Traum von den eigenen vier Wänden zu erleichtern.«

Bernhard Daldrup, MdB

Rentenpaket II

Wir machen das. Für Euch.

Wir bringen das Rentenpaket II auf den Weg!



Themen

1. Aus aktuellem Anlass
2. Meine Rede im Plenum
3. Haushalt 2025: Jahressteuergesetz
4. Neues aus der AG Wohnen
5. Neues aus der AG Kommunales
6. Weitere News der Woche
7. Einblicke in die Sitzungswoche
8. Aus dem Wahlkreis: Krankenhausgespräch

Liebe Leserinnen und Leser,

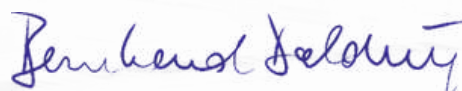
wir gratulieren Dietmar Woidke und der Brandenburger SPD zum Wahlsieg. Mit einem grandiosen Schlusspurt hat er die SPD wieder zur stärksten Kraft im Land gemacht.

In dieser Woche lösen wir ein zentrales Wahlversprechen ein: Mit dem Rentenpaket II sorgen wir dafür, dass die Renten weiterhin im Einklang mit den Löhnen steigen können. Dazu schreiben wir das Verhältnis von Renten und Löhnen langfristig bei mindestens 48 Prozent fest. Für uns ist das eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung vieler Millionen Menschen. Die gesetzliche Rente ist und bleibt die wichtigste Einkommensquelle im Alter – und wir sorgen dafür, dass sie weiterhin sicher ist.

Wer gute Arbeit leistet, hat faire Löhne verdient. Das gilt besonders für Beschäftigte in Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass sie ihren Angestellten faire Tariflöhne zahlen. Dazu brauchen wir das Tariftreuegesetz, das derzeit vom Bundesfinanzministerium blockiert wird. Wir werden dafür sorgen, dass Unternehmen unkompliziert nachweisen können, dass sie nach Tarif bezahlen.

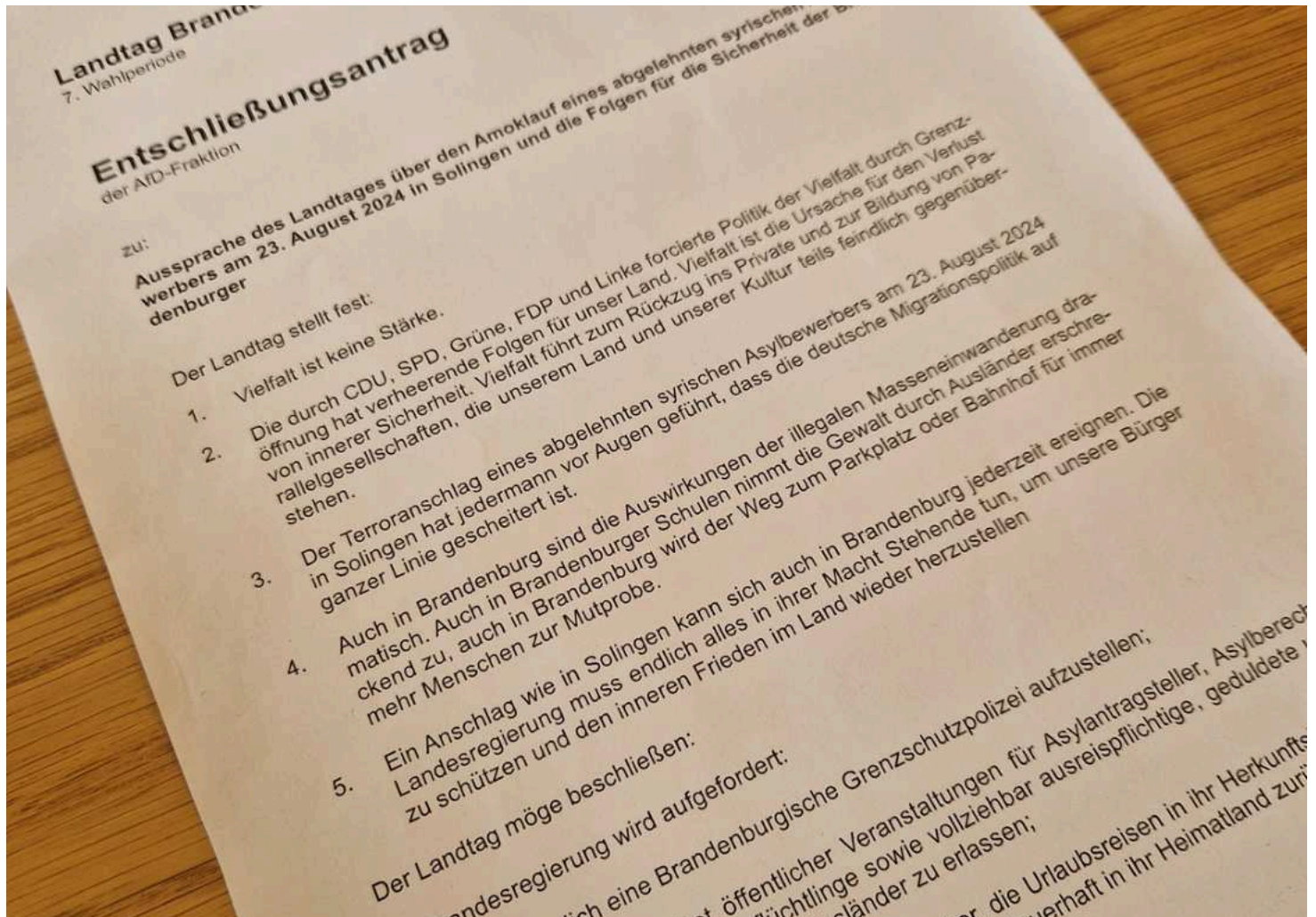
Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße,



Während es unbestreitbar mehr wirtschaftliche Impulse im Land braucht, wird das Land (nicht nur) von der Opposition runtergeredet. Zeitgleich teilt die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg mit, dass die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im September im Vergleich zum Vormonat um 66.000 auf 2,806 Millionen Menschen gesunken ist. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Punkte auf 6,0 Prozent. Allerdings sind es 179.000 mehr als im Vorjahr. Grund genug, mehr für die wirtschaftliche Entwicklung zu tun. Mit dem Jahressteuergesetz und dem Steuerfortentwicklungsgesetz werden Impulse in Milliardenhöhe gegeben.

Nächste Woche feiern wir den Tag der Deutschen Einheit zum 34. Mal. Der 3. Oktober ist ein Tag der Freude, gleichzeitig aber auch immer Anlass, den Stand der Deutschen Einheit zu betrachten. Es gibt hier noch vieles aufzuholen. Anders als für viele Westdeutsche war die Wiedervereinigung für Ostdeutsche mit tiefen Umbrüchen in fast allen Lebensbereichen verbunden. Nach wie vor brauchen wir mehr ostdeutsche Führungskräfte, die in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mitgestalten und mitentscheiden.



Heute AfD-Wahlergebnisse, morgen Rücktritt der Grünen-Spitze, dann der Grünen Jugend, schließlich Wagenknecht auf allen Kanälen inklusive einer Home-Story mit Anleitung zum Haarflechten. Die Medien scheinen sich um den „Preis für Oberflächlichkeit in der Berichterstattung“ einen scharfen Wettbewerb zu liefern und in den sozialen Medien ist es nicht sehr viel anders. Sind das etwa die „Probleme der Menschen da draußen“, um die sich die Politik doch kümmern sollte?

In Thüringen hat die AfD gleich zweimal ihre Maske fallen lassen: der CDU-Abgeordnete Andreas Bühl sprach von Machtergreifung angesichts des Verhaltens des Alltagspräsidenten im Thüringer Landtag. Und dann gibt es in Brandenburg einen Antrag der AfD, der es Geflüchteten verbieten soll, an

öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen oder öffentliche Plätze zu besuchen.

Des Weiteren wird die Beratung zum Haushalt 2025 mit immerhin 455 Milliarden Euro und 80 Milliarden Euro Investitionen auf die Frage reduziert, ob die Ampel hält. Belästigen Sie mich nicht mit inhaltlichen Fragen. Unfassbar.

Derzeit gibt es im Bundestag eine über die Fraktionen hinaus greifende Initiative mit dem Ziel, die Verfassungswidrigkeit der AfD durch das Bundesverfassungsgericht festzustellen. Ich bin auch dabei, weil ich davon überzeugt bin, dass die Demokratie wehrhaft bleiben muss und Kräfte, die sie beseitigen wollen, keinen Spielraum haben dürfen.

Am Mittwoch stand das **Jahressteuergesetz** auf der Tagesordnung, ein Gesetzesvorhaben mit vielfältigen Regelungen, das jedoch ein zentrales Ziel verfolgt: **Unser Steuersystem ein wenig gerechter, moderner und effizienter zu gestalten.** In meiner Rede habe ich den Fokus auf zwei wesentliche Punkte gelegt, die besonders unsere Kommunen und den sozialen Wohnungsbau betreffen:

➔ Eine Neue Wohngemeinnützigkeit.

Mit dieser Regelung schaffen wir die Möglichkeit, dass gemeinnützige Stiftungen, Vereine und sozial orientierte Unternehmen verstärkt bezahlbaren Wohnraum bereitstellen können. In Zeiten, in denen bezahlbarer Wohnraum in vielen Städten knapp ist, setzen wir hier ein wichtiges Zeichen. Die Wohngemeinnützigkeit ermöglicht es diesen Organisationen, Wohnungen zu vergünstigten Preisen an Menschen mit geringem Einkommen zu vermieten und dafür steuerliche Vorteile zu erhalten. Wir setzen Einkommensgrenzen fest, um auch jene Haushalte zu erreichen, die besonders von steigenden Mieten betroffen sind. Wichtig dabei: Der Nachweis der Bedürftigkeit muss nur zu Beginn des Mietverhältnisses erbracht werden. Wir wollen keine bürokratischen Hürden aufbauen, sondern den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erleichtern. Weil Wohnen ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht ist. Bezahlbarer Wohnraum ist die Voraussetzung für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben.

➔ Anpassungen bei der Umsatzsteuerbefreiung für Bildungs- und Sporteinrichtungen. Die kommunalen Spitzenverbände, verschiedenste Bildungsträger und Schulen haben Bedenken geäußert, dass beispielsweise Musikschulen und Volkshochschulen bei bestimmten Angeboten nicht mehr von der Steuerbefreiung erfasst werden könnten.



Ich teile diese Kritik ausdrücklich. Es darf nicht sein, dass Bildungsträger schlechter gestellt werden oder der Zugang zu Bildungsangeboten erschwert wird. Wir Sozialdemokratinnen setzen uns dafür ein, die alte Regelung beizubehalten, um sicherzustellen, dass diese Einrichtungen ihre wertvolle Arbeit fortsetzen können. Ich bin optimistisch, dass uns das in den weiteren Beratungen gelingen wird. Ähnliches gilt für den Bereich des Sports. Der Vereinssport fördert Gesundheit, Integration und Gemeinschaftssinn. Auch hier dürfen wir keine unnötigen Hürden aufbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Sporteinrichtungen nicht zusätzlich belastet werden und ihre wichtige Arbeit fortführen können.

Steuern sind mehr als nur Einnahmequellen. Sie sind Ausdruck unserer Solidarität und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Mit dem Jahressteuergesetz 2024 setzen wir ein Zeichen für soziale Gerechtigkeit und die Stärkung unserer Demokratie.

Hier könnt Ihr die komplette Rede anschauen.
Auf der folgenden Seite findet Ihr noch mehr Informationen zum Jahressteuergesetz.

Haushalt 2025: Jahressteuergesetz erklärt

In diesem Jahr haben wir gleich zwei Jahressteuergesetze auf dem Plan. Das Jahressteuergesetz 2024 (Teil 1) konzentriert sich hauptsächlich auf technische Anpassungen im Steuerrecht, während das zweite, das sogenannte Steuerfortentwicklungsgesetz, größere Reformen in Angriff nimmt.

Die wichtigsten Punkte:

➔ Einführung der neuen Wohngemeinnützigkeit:

Bis 1989 hatten wir bereits ein ähnliches Modell, das es sozialen Organisationen ermöglichte, günstigen Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen anzubieten. Mit der neuen Regelung unterstützen wir Stiftungen, Vereine und Unternehmen dabei, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und langfristig zu sichern. Der Clou: Auch Haushalte, die von steigenden Mieten besonders betroffen sind, können profitieren, und einmal festgestellte Bedürftigkeit muss nicht regelmäßig neu nachgewiesen werden.

➔ Steuererleichterungen für Solaranlagen:

Wer auf erneuerbare Energien setzt, wird belohnt. Der Ausbau von PV-Anlagen wird durch steuerliche Erleichterungen gefördert. Bürgerinnen, die in Solarenergie investieren, profitieren also von Steuervergünstigungen. Ein wichtiger Schritt, um den Klimaschutz weiter voranzutreiben.

➔ Anpassungen bei der Umsatzsteuer für Bildung und Sport:

Noch umstritten ist die geplante Umsatzsteuerbefreiung für Bildungsleistungen, wie sie an Musik- und Volkshochschulen erbracht werden. Auch im Bereich des Vereinssports gibt es Anpassungen, die laut kritisch betrachtet werden. Wir arbeiten daran, sicherzustellen, dass diese Einrichtungen steuerlich entlastet bleiben und Bildung sowie Sport für alle zugänglich sind.

➔ Unterstützung für Mobilitätsbudgets:

Für Unternehmen, die ihren Mitarbeitenden ein Mobilitätsbudget zur Verfügung stellen, wird es künftig einfacher: Es wird eine Pauschalbesteuerung eingeführt. Dies schafft mehr Flexibilität und reduziert den bürokratischen Aufwand.

➔ Bessere Korrekturen bei der Grundsteuer:

Fehler bei der Festsetzung der Grundsteuer können nun leichter korrigiert werden. Das gibt den Kommunen mehr Handlungsspielraum, um die Grundsteuer korrekt und fair zu berechnen.



➔ Was passiert als Nächstes?

Die Gesetzesentwürfe werden in den kommenden Wochen im Bundestag und Bundesrat intensiv diskutiert. Ich bin überzeugt, dass diese Maßnahmen unser Steuersystem moderner und gerechter machen. Gerade die Wohngemeinnützigkeit und die Entlastungen bei erneuerbaren Energien zeigen, dass wir in die Zukunft investieren.

➔ Bekämpfung missbräuchlicher Ersteigerungen von Schrottimmobilien

Mit einem neuen Gesetz sollen Gemeinden in Zwangsversteigerungsverfahren mehr Möglichkeiten erhalten, sich gegen missbräuchliche Ersteigerungen von Schrott- und Problemimmobilien zu schützen. Künftig können sie eine gerichtliche Verwaltung der Immobilie beantragen, wenn eine Zwangsversteigerung zu einem überhöhten Preis erfolgt, der Ersteher jedoch nicht zahlt.

In solchen Fällen kann der Ersteher nach dem Zuschlag zwar Mieten einziehen oder Neuvermietungen vornehmen, ohne das Gebot zu begleichen. Bis zur Neuversteigerung vergeht meist viel Zeit, in der der Ersteher Einnahmen erzielt und der Zustand der Immobilie sich verschlechtert.

Mit der Möglichkeit, eine gerichtliche Verwaltung einzurichten, werden die Mieteinnahmen an einen gerichtlich bestellten Verwalter abgeführt. Dadurch wird der Anreiz für überhöhte Gebote auf problematische Immobilien ohne Zahlungsabsicht verringert und der Missbrauch der Eigentümerstellung verhindert.



➔ Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment

Viele Menschen verdienen zu wenig, um sich hohe Mieten am freien Markt leisten zu können und zugleich zu viel, um in einer geförderten Wohnung wohnen zu können. Vielen hilft bereits das Wohngeld, um in ihrer Wohnung bleiben zu können. Für diejenigen, die eine neue Wohnung suchen, wird jetzt der Bau von bezahlbaren Wohnungen besonders gefördert. Mit dem Programm im Niedrigpreissegment kommen wir dem Bedarf aus der Bevölkerung und der Bau- und Immobilienbranche nach.

Das neue KfW-Förderprogramm "Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment (KNN) – Wohngebäude mit kleinen bis mittleren Einheiten" kann nun ab dem 1. Oktober abgerufen werden. Das KNN ist neben weiteren Förderprogrammen eine wichtige Säule zur Unterstützung des Wohnungsbaus durch zinsverbilligte Kredite dar. Es sind insgesamt eine Milliarde Euro an Fördermitteln vorgesehen.

Als Förderbedingung gilt, dass der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes in den Blick genommen wird. Eine Baukostenbegrenzung und eine Begrenzung der Wohnfläche in Abhängigkeit von der Anzahl der Räume trägt dazu bei, dass mehr neuer klimafreundlicher, kostengünstiger und flächeneffizienter Wohnraum gebaut wird.

In der jüngsten Arbeitssitzung der AG Kommunalpolitik stand das Thema „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ im Fokus. Die SPD setzt sich dafür ein, dass alle Menschen in Deutschland, unabhängig von ihrem Wohnort, gleiche Chancen und Teilhabemöglichkeiten erhalten. Doch in vielen ländlichen Regionen kämpfen Kommunen weiterhin mit Abwanderung, unzureichender Infrastruktur und fehlenden Arbeitsplätzen, während Städte mit Wohnungsnot und steigenden Lebenshaltungskosten belastet sind. Der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung zeigt zwar positive Entwicklungen, wie die Annäherung in Bereichen wie Lebenserwartung und wirtschaftlicher Leistung, weist jedoch auch auf wachsende Disparitäten hin, etwa bei der kommunalen Haushaltslage oder den Baulandpreisen.

In der Diskussion wurde betont, dass Investitionen in digitale Infrastruktur und die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Zukunftstechnologien erste wichtige Schritte sind. Gleichzeitig müssen die Förderstrukturen zwischen Bund, Ländern und Kommunen flexibler und effizienter gestaltet werden. Dunja Kreiser betonte die Notwendigkeit, das Ehrenamt zu stärken, während Leon Krüger vom DGB auf die Bedeutung einer proaktiven Strukturpolitik und ausreichender Finanzmittel für die Kommunen hinwies. Beide fordern, dass die angestoßenen Maßnahmen nun zügig umgesetzt werden, um die Herausforderungen strukturschwacher Regionen nachhaltig zu bewältigen. Danke an meine Kollegin Franziska Maschek, die mich in dieser Sitzung vertreten hat, sodass ich währenddessen dem Plenum beiwohnen konnte.



von links: Franziska Maschek, Dunja Kreiser und Leon Krüger.

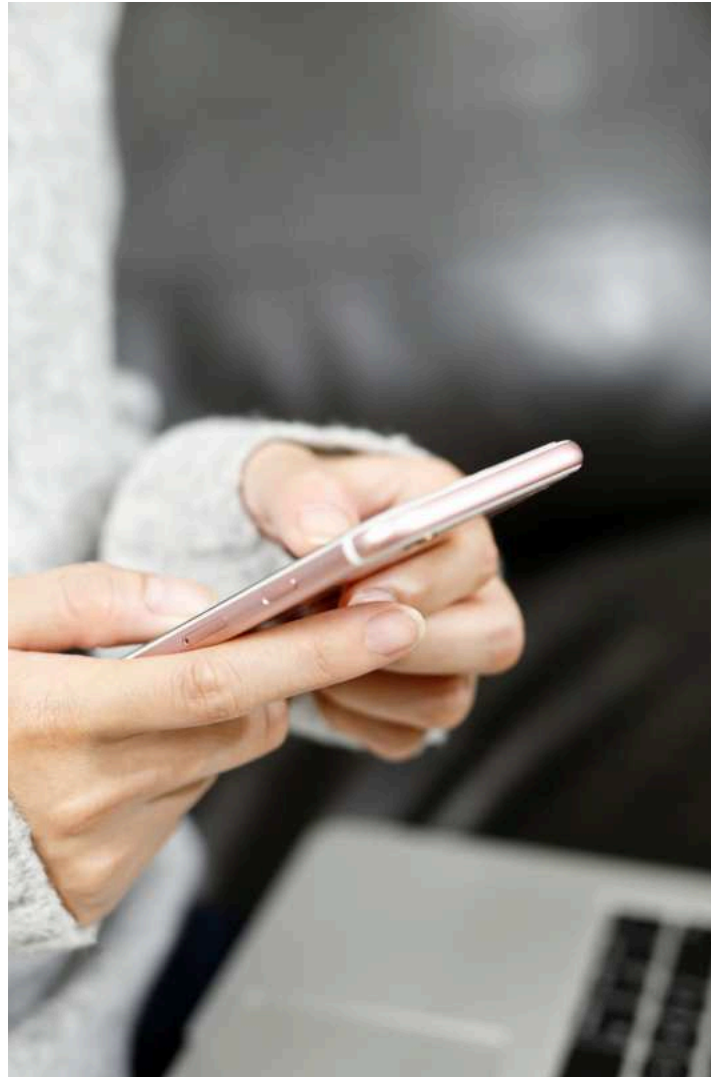
➔ Wir sorgen wir für einen Alltag mit weniger Bürokratie

Bürokratieabbau ist eine Querschnitts- und Daueraufgabe. Wir sind angetreten, um Bürgerinnen, Unternehmen und Verwaltungen zu entlasten. Ein wichtiger Baustein ist das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV), das wir in dieser Woche beschlossen haben. Alle Maßnahmen zielen darauf ab, Verfahren zu vereinfachen und ein 950 Millionen Euro-Entlastungspaket für Bürger und die Wirtschaft zu schnüren. Ein wichtiger Bestandteil ist die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege, die ein Entlastungsvolumen von mehr als 600 Mio. Euro jährlich mit sich bringt. Bislang müssen Buchungsbelege grundsätzlich zehn Jahre aufbewahrt werden, vorgesehen ist nun, dies auf acht Jahre zu verkürzen. Im parlamentarischen Verfahren haben wir dafür gesorgt, dass dadurch Ermittlungen gegen Steuerkriminalität nicht beeinträchtigt werden. So gilt die neue Regel für Steuerpflichtige, die der Finanzdienstleistungsaufsicht unterliegen, erst ein Jahr später.

Klargestellt haben wir auch, dass die Regelung keinen Einfluss auf bereits laufende Ermittlungsverfahren der Steuerkriminalität haben wird.

Künftig entfällt der sogenannte Hotelmelde-schein für deutsche Staatsangehörige. Und auch das Steuerrecht wird entschlackt, insbesondere bei der Umsatzsteuer-Voranmeldung.

Viel Bürokratie entsteht durch Medienbrüche. Wir ersetzen daher konsequent die Schriftform, für die eine Unterschrift nötig ist, mit der Textform, die nicht unterschrieben werden muss, wie etwa eine E-Mail. Statt Dokumente eigenhändig zu unterschreiben und sie dann ggf. wieder einzuscannen, reicht dann künftig eine einfache E-Mail.



➔ Für eine bürgernahe Arbeitslosenversicherung

Der Gesetzentwurf zur Modernisierung des dritten Sozialgesetzbuches (SGB III) zielt auf eine effizientere Arbeitslosenversicherung ab. Er sieht weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung und erweiterte Förderinstrumente vor, um Arbeits-suchende schneller und gezielter zu vermitteln. Beratungsgespräche können künftig auch digital erfolgen. Die bisherige Eingliederungsvereinbarung wird durch einen Kooperationsplan ersetzt, der die Eigeninitiative der Arbeits-suchenden stärkt. Die Förderung von Jugendberufsagen-turen und schwer erreichbaren Jugendlichen wird verbessert, etwa durch Zuschüsse für Praktika. Ab 2029 übernimmt die Bundesagentur für Arbeit dauerhaft die Anerkennungsberatung für ausländische Berufsqualifikationen.

➔ Regelungen zur Finanzierung des Deutschlandtickets

Die Bundesregierung plant die Novellierung des Regionalisierungsgesetzes, in dem insbesondere die Unterstützung des Bundes für die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) geregelt ist. Dazu hat sie einen Entwurf vorgelegt, den wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten haben.

In dem Gesetz soll – wie zwischen Bund und Ländern vereinbart – der Zeitraum der Abrechnung spezifiziert werden, damit nicht verbrauchte Mittel im Folgejahr eingesetzt werden können. 2023 bis 2025 sollen gemeinsam abgerechnet werden können. Es soll mit dem Zeitpunkt der Einführung des Deutschlandtickets beginnen und mit Ablauf des Kalenderjahres 2025 enden. Dies ermöglicht den Ländern ein flexibleres Nachsteuern der Ausgleichsbedarfe.

2023 bis 2025 geht die Nachschusspflicht von Bund und Ländern nicht über 1,5 Mrd. Euro pro Kalenderjahr hinaus. Sofern der Betrag den gesetzten Rahmen von neun Mrd. Euro (je 1,5

Mrd. Euro von Bund und Ländern für die Jahre 2023, 2024 und 2025) überschreitet, müssen die Länder geeignete Maßnahmen ergreifen, um den Zuschussbedarf zu decken.

Auch eine Preisanpassung des Deutschlandtickets kann dann in Betracht kommen, wie es nun von der Verkehrsministerkonferenz mit der Erhöhung auf 58 Euro monatlich zum 1. Januar 2025 beschlossen worden ist.

Klargestellt wird zudem, dass der Ausgleich finanzieller Nachteile aus dem Deutschlandticket sowie Tarifmaßnahmen der Länder, die in Verbindung mit dem Deutschlandticket stehen, nicht aus Regionalisierungsmitteln finanziert werden dürfen. Dies betrifft unter anderem den zusätzlichen Ausgleich für preisreduzierte Deutschlandtickets für Schüler, Auszubildende, Senioren und Geringverdienende. Der Entwurf enthält außerdem eine haushaltskonsolidierende Maßnahme: 350 Millionen Euro werden nicht automatisch im Jahr 2025, sondern erst nach Vorlage der Nachweise über die Verwendung der Mittel 2026 ausgezahlt.



➔ Wir sichern die Rente

Wir gewährleisten, dass die Rente auch in Zukunft regelmäßig im Einklang mit den Löhnen steigen kann. Mit dem Rentenpaket II stabilisieren wir dazu das Rentenniveau langfristig bei mindestens 48 %. Damit sichern wir die Rente jetzt und in Zukunft, auch für die Jüngeren. Und wir sorgen dafür, dass gute Arbeit auch eine gute Rente bringt. Das Rentenniveau gibt an, wie sich die Renten im Verhältnis zu den Löhnen entwickeln. Sinkt es, werden Rentner: von der Lohnentwicklung abgekoppelt, haben im Vergleich zu Arbeitnehmern also weniger Geld zur Verfügung.

Nach geltendem Recht und ohne Rentenpaket II würde das Niveau bald unter 48 % und längerfristig sogar unter 45 % sinken. Und genau das verhindern wir! Eine Rente im Jahr 2040 von 1.500 Euro ist mit der Stabilisierung des Niveaus knapp 100 Euro höher als ohne die Reform. Wir stehen fest an der Seite von Rentnern, die jahrzehntelang eingezahlt haben. Beschäftigte sollen auch weiterhin nach 45 Beitragsjahren zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen können. Davon profitieren vor allem Pflegekräfte, Verkäufer, Handwerker und Schichtarbeiter. Für uns eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung!

Wohnungsbaugenossenschaften: Schlüssel zur Überwindung der Wohnungskrise

Ein Schlüssel zu mehr bezahlbarem Wohnraum ist die Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften. Mit dem Ziel, ihren Mitgliedern günstigen Wohnraum langfristig zur Verfügung zu stellen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. In Deutschland gibt es ca. 2000 Wohnungsbaugenossenschaften, die ca. 2,2 Mio. Wohnungen bewirtschaften, in denen rund fünf Mio. Menschen leben. Sie sind eine wichtige Säule der Wohnungswirtschaft und Verbündete der Politik im Streben nach mehr Wohnraum, der nicht nur bezahlbar, sondern auch klimaneutral und barrierearm ist. Doch was brauchen Wohnungsbaugenossenschaften, um zur Bewältigung der Baukrise beizutragen und langfristig bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum zu schaffen? Was sind ihre Herausforderungen und was kann die Politik tun? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Konferenz der SPD-Fraktion „Wohnungsbaugenossenschaften: Schlüssel zur Überwindung der Wohnungskrise“ am vergangenen Mittwoch.



Fotos: Mark Bollhorst

Aus dem Wahlkreis: Besuch der parlamentarischen Staatssekretärin Sabine Dittmar

Eines war beim Besuch der parlamentarischen Staatssekretärin aus dem Bundesgesundheitsministerium, Sabine Dittmar, unter allen Beteiligten unstrittig: angesichts von Kostenentwicklung, Spezialisierung und medizinischem Fortschritt ist eine Reform des Krankenhauswesens in Deutschland unumgänglich. Bund und Länder seien gleichermaßen gefordert. Wie immer bei solchen Reformvorhaben ist die Übereinstimmung im Grundsatz noch mit vielen Fragen im Detail verbunden. Und darum ging es beim Besuch der Staatssekretärin im Josepshospital in Warendorf.

Zusammen mit den beiden Vorständen, Peter Goerdeler und Michael von Helden, haben wir ausgiebig über die anstehende Reform und deren möglichen Auswirkungen gesprochen.

Besonderes deutlich machten die beiden Vorstände, dass eine kurzfristige wirtschaftliche Unterstützung der Krankenhäuser vordringlich sei. Von Helden unterstrich, dass die seit 2022 inflationsbedingten Kostensteigerungen nur zu einem Bruchteil durch Preisanhebungen ausgeglichen wurden. Eine Preisanpassung sei für Krankenhäuser aufgrund des Festpreissystems ausgeschlossen, wodurch die Schere zwischen Kosten und Erlösen auseinandergehe.

Sabine Dittmar erläuterte, dass der Gesetzentwurf mittlerweile dem Parlament vorliege und dort auch in Anhörungen diskutiert werde. Insofern seien auch noch Änderungen am Gesetzentwurf möglich. Große Einigkeit bestand darin, dass im Gesundheitsbereich – aber auch in vielen anderen Bereichen – die Bürokratie dringend abgebaut werden müsse.

Ich habe in diesem Zusammenhang bemängelt, dass wir eine „Misstrauenskultur“ zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern erleben, die es leider auch in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens zwischen verschiedenen Ebenen gibt. Das führt zu immer weiteren bürokratischen Regelungen und verursacht so immense Kosten.

Dittmar zeigte sich beeindruckt von der Entwicklung des Josepshospital in den vergangenen Jahren und würdigte die systematische stetige Arbeit an Qualitätsverbesserungen. „Sie sind zudem ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche Spezialisierung in der Medizin.“ Der Besuch der Staatssekretärin geht auf ein Expertengespräch im Bundesministerium der Gesundheit im April zurück, bei dem Goerdeler mit 15 weiteren Praktikern die Gelegenheit hatte, direkt mit Lauterbach über die Reform zu sprechen. Ich freue mich, dass ich jetzt dazu beitragen konnte, auch unsere Staatssekretärin für ein Gespräch direkt nach Warendorf zu lotsen.

